Der Reformprozeß in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien und der Slowakei

Zum Wechselspiel von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen

Jakob Juchler

Die Tschechoslowakei repräsentiert einen Entwicklungsweg, der sich in wichtigen Aspekten von dem anderer mitteleuropäischer Staaten unterscheidet. An erster Stelle ist hier das Problem des grundlegenden Staatsaufbaus zu nennen, insbesondere der Konflikt zwischen Slowaken und Tschechen, der sogar zur Staatsauflösung führte. Weiterhin fehlte beispielsweise – im Unterschied zum Nachbarland Polen – eine Tradition antistaatlicher Einstellungen und militanten Protestverhaltens, herrschte eine pragmatisch-realistische Mentalität vor, die sich im Laufe der spezifischen geschichtlichen Erfahrungen herausgebildet hatte. Auch der wirtschaftliche Entwicklungsstand vor dem Beginn des Transformationsprozesses war deutlich höher und die sichtbare Krise geringer. Es gab jedoch auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten. So wies die Tschechoslowakei, gesamthaft gesehen, einen relativ ähnlichen historischen (europäisch geprägten) Hintergrund auf und hatte – wenn auch etwas später – ein ähnliches wirtschaftliches Reformprogramm wie Polen eingeschlagen. Im folgenden wird nun die Entwicklung der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei skizziert, wobei zentrale politische und wirtschaftliche Entwicklungen im Vordergrund stehen. Am Rande wird auch auf wichtige Unterschiede zu Polen hingewiesen, um die Besonderheit des tschechoslowakischen Weges herauszuarbeiten (1).

1. Der Beginn der Reformen im „Revolutionsjahr" 1989

Die Tschechoslowakei gehört zu den Ländern, die einen schnellen, abrupten, aber praktisch gewaltfreien Übergang zum Reformprozeß erlebten, der durch Demonstrationen und Massenproteste eingeleitet wurde. Entsprechend ist die bekannte Bezeichnung „samtene Revolution" ein weitgehend zutreffender Ausdruck. Hierin ist die Tschechoslowakei am

ehesten mit der DDR vergleichbar, wo ebenfalls ein reformfeindliches, scheinbar fest im Sattel sitzendes Regime innerhalb kürzester Zeit abdanken mußte. Hingegen ist der Unterschied zu Polen und Ungarn mit ihrem relativ langen, weitgehend evolutionären Übergängen offensichtlich.

Die Dynamik des Übergangsprozesses war in der Tschechoslowakei weitgehend durch die spezifische interne Ausgangslage und die äußere Entwicklung geprägt. Die seit der Liquidierung des „Prager Frühlings" von orthodoxen Kräften dominierte Führung versuchte sich dadurch zu halten, daß sie sich im ökonomischen Bereich etwas nach der „Perestroika" auszurichten gedachte, hingegen im politischen Bereich eine harte Linie aufrechterhalten wollte, abgesehen von einigen kleineren Erleichterungen und symbolischen Gesten. So wurde bereits Anfang 1987 vom Zentralkomitee und der Regierung eine Dezentralisierungsreform beschlossen, dann Ende 1987 ein ausgearbeitetes Konzept gutgeheißen, das aber weitgehend zentralistisch-administrative Methoden beibehielt. Politisch trat sogar eher eine Verhärtung ein. Beispielsweise wurde Husak Ende 1987 vom strammen Jakes als Parteichef abgelöst. Im März 1988 jagte die Polizei eine Demonstration in Bratislava auseinander, an der einige tausend Menschen für mehr religiöse Freiheit eintraten. Und während im Herbst 1988 in Polen bereits die ersten Anzeichen für eine Verständigungslösung zu erkennen waren, dozierte der Chefideologe Jan Foitik in Prag vor dem Zentralkomitee, daß die führende Rolle der Partei gestärkt werden müsse (2). Demonstrationen, an denen allerdings nur relativ wenige Leute teilnahmen (zwischen zwei- und viertausend), wurden aufgelöst oder durch große Polizeiaufgebote neutralisiert, wie am Jahrestag der 68er-Invasion im August oder der Staatsgründung Ende Oktober. Bekannte Bürgerrechtler wie Havel oder Ruml wurden verhaftet oder in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Gleichzeitig machte die Führung aber einige kleine „Liberalisierungs"-Gesten, beispielsweise eine Teilamnestie oder die Wiederanerkennung des Gründungstages der Tschechoslowakei als staatlichen Feiertag.

Diese Politik wurde 1989 fortgesetzt, wobei vor allem im Kulturbereich etwas größere Freiheiten zugestanden wurden. Es kam im Regimelager vermehrt zu internen Konflikten über die Frage, wie weit der Kurs geändert werden müßte. Bereits Ende 1988 hatte der Bericht des Prognose-Instituts über den Zustand und die Zukunftsaussichten der Wirtschaft, der unter der Leitung von Valtr Komarek über mehrere Jahre hinweg erarbeitet worden war, einigen Staub aufgewirbelt. Der kritische Bericht empfahl viel weitgehendere Änderungen als die sich schleppend dahinziehenden ökonomischen Reformen vorsahen, und akzentuierte auch die Beziehungen zu den politischen Reformen. Die dominierende orthodoxe Fraktion um Jakes fühlte sich herausgefordert. Sie ließ mehrmals verlauten, daß keine politischen Reformen duchgeführt würden, um ökonomische Ziele zu erreichen, und daß die Kontrolle über die Wirtschaft beibehalten würde. Andererseits begannen reformfreundlichere Kreise, zu denen auch einflußreiche Geheimdienstkreise mit guten Be-

ziehungen zum KGB gehörten, insgeheim Vorbereitungen zu treffen, um einen Machtwechsel zu forcieren. Auch in den „Bündnisparteien", wie beispielsweise der Volkspartei, zeigten sich vermehrt Anzeichen von Kritik, insbesondere seit dem Frühling 1989.

Die weiterhin als illegal verfolgte Opposition begann etwas größere Resonanz zu finden. Mitte Januar 1989 fanden fast eine Woche lang Demonstrationen zum Gedenken an Jan Palach statt (den Studenten, der sich aus Protest gegen die Invasion 1968 selbst verbrannt hatte), die von der Polizei gewaltsam unterdrückt wurden. In der Folge fanden sich immer mehr Leute bereit, Forderungen der Opposition nach einer Demokratisierung zu unterstützen. Vom Frühling bis Herbst unterzeichneten mehr als 40.000 Personen eine Petition, die eine Kritik am bisherigen Vorgehen des Regimes enthielt sowie einen offenen Dialog und eine Demokratisierung forderte. In der Slowakei gewann vor allem eine grüne Bewegung, die sich schon in den letzten beiden Jahren profiliert hatte, an Bedeutung. Im Sommer begann sich dann die Spannung zu verstärken, nicht zuletzt aufgrund der Ereignisse in Polen und Ungarn, sowie der Absetzbewegungen von DDR-„Touristen". Auch die katholische Kirche, die allerdings bei weitem keinen so bedeutsamen Einfluß hatte wie in Polen, begann sich etwas stärker zu engagieren. So warnte Kardinal Tomasek in einem Brief an die Regierung vor den zunehmenden Spannungen zwischen den Behörden und kritischen Bürgern.

Diverse Meinungsumfragen zeigten an, daß die Legitimität des Regimes, vor allem bei der Jugend, immer schwächer wurde (3). Die Situation sah zwar noch im August keineswegs nach Massenprotesten aus – an der Demonstration zum Gedenktag der Invasion nahmen mit 2000 Personen sogar nur etwa halb soviele Leute teil wie 1988, selbst Ende Oktober gedachten erst rund 3000 Demonstranten der Staatsgründung vor 71 Jahren. Es setzte aber ein Stimmungsumschwung ein, der eng mit der Entwicklung in der DDR verbunden war. Der bisherige, unausgesprochene „Gesellschaftsvertrag" zwischen der Bevölkerung und dem Regime („ihr laßt uns in Ruhe bei einigermaßen erträglichen materiellen Bedingungen, und wir leisten euch keinen offenen Widerstand") begann nun zu zerfallen. Denn die wesentliche Prämisse dieser „Vereinbarung" – Widerstand kann sich nicht durchsetzen und ist somit zwecklos – war durch das Beispiel der DDR endgültig erschüttert worden. Als dann eine Kundgebung von Studentenorganisationen am 17. November in eine unerlaubte Demonstration von ca. 50.000 Personen umkippte, die Havel hochleben ließen und das Ende der kommunistischen Parteiherrschaft forderten, von der Polizei aber brutal auseinandergejagt wurden, stellte dies den berühmten Funken dar, der das Pulverfaß zum Explodieren brachte. In der folgenden Woche fanden täglich Massendemonstrationen statt, bei denen allein in Prag jeweils rund 200.000 Personen teilnahmen. Oppositionsgruppierungen wie die Charta 77 und die demokratische Initiative forderten den Rücktritt der Regierung. Bereits am 19. November wurde das Bürgerforum gegründet, das als oppositionelle Sammelbewegung die Bürger „ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Über-

zeugung vereinen" sollte, einen Tag später in der Slowakei die Schwesterbewegung unter dem Namen „Öffentlichkeit gegen die Gewalt". Nach den größten Kundgebungen am 24. und 25. November, bei denen in Prag ungefähr 700.000 bis 800.000 Personen teilnahmen, fanden Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition statt. Durch einen zweistündigen Generalstreik wurde zusätzlich Druck gemacht.

Dann überstürzten sich die Ereignisse. Bereits am 29. November wurden vom Parlament wichtige Veränderungen der Verfassung beschlossen, wie z. B. die Eliminierung der Führungsrolle der Partei und die Streichung der „Erziehung im Geiste des Marxismus-Leninismus". Die Reformfraktion der Kommunisten machte Anfang Dezember einen letzten Versuch, ihre Vorherrschaft teilweise zu retten. Sie ließ eine neue Regierung einsetzen, der wieder der alte Premierminister Adamec vorstand und von deren 21 Ministern 16 Kommunisten waren. Dies führte zu neuen Demonstrationen und Protesten. Nach zähen Verhandlungen wurde schließlich am 10. Dezember eine Regierung der „nationalen Verständigung" ernannt, der nur noch 10 kommunistische Minister angehörten und die vom reformfreudigen Marian Calfa geführt wurde. Zugleich trat Husak als Staatspräsident zurück. Ende Dezember wurden schließlich zwei prominente Symbolfiguren der Opposition in Schlüsselstellungen gewählt, Alexander Dubcek zum Vorsitzenden des Parlaments (der föderativen Versammlung) und Vaclav Havel zum Präsidenten. Damit war innerhalb von sechs Wochen ein politischer Machtwechsel erfolgt, der ganz neue Möglichkeiten eröffnete.

2. Die Übergangsphase bis zu den Wahlen – der Vorrang des Politischen

Der abrupte, politisch geprägte Regimewechsel beeinflußte die grundlegende Richtung des weiteren Transformationsprozesses. Das Schwergewicht lag deutlich auf schnellen Veränderungen der politischen Strukturen, wobei freien Parlamentswahlen eine besondere Bedeutung beigemessen wurde. Bereits in der „Novemberrevolution" war die möglichst baldige Abhaltung von Wahlen gefordert und durchgesetzt worden. Die Ablehnung des vorangegangenen Systems war breit verankert, auch wenn die konkrete Richtung der gesellschaftlichen Umgestaltung für viele noch unklar war. Dies zeigten auch erste Umfragen. So gaben z. B. in der zweiten Januarhälfte 1990 86 Prozent an, sie seien zufrieden mit den Veränderungen der letzten Wochen, und 85 Prozent wünschten grundlegende politische und wirtschaftliche Veränderungen. 27 Prozent konnten sich allerdings nicht entscheiden, welchen Typ von Gesellschaft man in Zukunft anstreben sollte, 37 Prozent optierten für ein Modell à la Schweden, 28 Prozent für ein Modell, wie es andere hochentwickelte kapitalistische Länder wie die USA, BRD, Japan repräsentierten. Nur 6 Prozent wollten hingegen eine Gesellschaft, wie sie 1968 angestrebt worden war, um 2 Prozent eine Gesellschaft, wie sie die sowjetische Perestroika anvisierte. Dabei gab es allerdings vielfach inkonsistente Vor-

stellungen, wie die Wirtschaft zu reformieren sei. Groß war auch das Mißtrauen gegen Machtkonzentrationen jeglicher Art (4).

Diese Unsicherheit und Heterogenität der Meinungen galt nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die neue politisch dominante Gruppierung des tschechischen „Bürgerforums" bzw. der slowakischen „Öffentlichkeit gegen die Gewalt", in der sehr verschiedene Richtungen vertreten waren, von linkssozialistischen bis zu rechts-konservativen Kräften. Das war mit ein Grund dafür, daß der Errichtung und Absicherung formaler demokratischer Strukturen absolute Priorität eingeräumt wurde, sozusagen als Voraussetzung, um die weitere Entwicklungsrichtung durch legitimierte Gremien entscheiden zu lassen. Bereits im Januar traten 120 kommunistische Abgeordnete zurück und wurden durch solche der bisherigen Opposition ersetzt. Auch der Geheimdienst wurde weitgehend zurückgestutzt, und alte, inkompetente kommunistische Funktionsträger mußten zurücktreten. Zwar wurden schon einzelne ökonomische Reformen beschlossen – z. B. im April 1990 die Gleichstellung des Privatsektors, was die Eröffnung neuer Betriebe ermöglichte (faktisch vor allem Klein- und Kleinstbetriebe), die Aufteilung von Staatsmonopolunternehmen und die Bildung von Aktiengesellschaften, die Regulierung von Joint ventures usw. Insgesamt dominierte aber eine vorsichtige, eher abwartende Haltung. Im März wurde zwar ein antiinflationäres Budget verabschiedet sowie eine restriktive Kredit- und Geldpolitik mit faktischem Nullwachstum anvisiert. Die Liberalisierung der Wirtschaft, insbesondere der Preise, wurde aber nur sehr langsam in Angriff genommen. Der Effekt dieser Politik war – zusammen mit den relativ günstigen Ausgangsbedingungen –, daß die Produktion im ersten Halbjahr 1989 nur langsam zurückging, und auch die Teuerung nur wenig anstieg.

Der Transformationsprozeß in der Tschechoslowakei wies im Vergleich zu Polen gerade eine umgekehrte Prioritätenliste auf. Die schnelle Umsetzung politischer Reformen dominierte gegenüber einer schnellen wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik. Neben bereits erwähnten politischen Gründen wie dem unterschiedlichen Regimewechsel waren dafür auch wirtschaftliche Faktoren verantwortlich. Die Tschechoslowakei hatte nicht annähernd so große Stabilitäts- und Ungleichgewichtsprobleme wie Polen. Die Situation wurde auch von wichtigen Leuten wie dem Vizeministerpräsidenten Komarek als nicht besonders dramatisch eingeschätzt. Dazu fehlten aufgrund der Hypothek des vorangegangenen, stark zentralistischen Systems auch schlicht die Möglichkeiten, sofort umzustellen, im Gegensatz zu Polen, das vorher schon Dezentralisierungsreformen durchgeführt hatte.

Die politische Ausrichtung der ersten Reformphase brachte es mit sich, daß den Wahlen von Anfang Juni ein sehr großes Gewicht zukam. Diese Wahlen konnten aber durch die relativ kurze Vorbereitungszeit und die spezifische politisch-gesellschaftliche Situation nur sehr bedingt eine echte politische Auswahl garantieren, da ein klares Parteienspektrum mit ausformulierten Programmen weitgehend fehlte. Obwohl

erste Ansätze dazu vorhanden waren, prägte die Vergangenheit, der Grundsatzkonflikt – „altes Regime" gegen neue, moralisch bessere „Volksbewegung" – die Auseinandersetzung. Der Kampf gegen die weiterhin „konservativ" ausgerichtete Kommunistische Partei stand klar im Vordergrund (5). Typischerweise hatten die Kommunisten, im Unterschied zu allen „Bruderparteien" Osteuropas, ihren Parteinamen beibehalten. Obwohl sie durch die Umgestaltung stark geschwächt worden waren – rund zwei Drittel hatten in kurzer Zeit ihren Austritt erklärt –, stellten sie immer noch die mitgliederstärkste Partei dar – mit beachtlichen Organisations- und Mobilisierungskapazitäten. In dieser Auseinandersetzung gewann das Bürgerforum vermehrt den Charakter einer (allerdings sehr heterogenen) Partei. Interessanterweise war das Bürgerforum trotz seines breiten Meinungsspektrums vom Januar bis Anfang Mai in repräsentativen Umfragen nur jeweils von 20 bis 30 Prozent als die Partei genannt worden, der man in den nächsten Wahlen die Stimme geben wollte. In der Slowakei erreichte die „Öffentlichkeit gegen Gewalt" sogar noch geringere Werte in den Wählerpräferenzen. Das hing weitgehend mit dem kurzen Bestehen des Forums und seinen Aufbauproblemen sowie dem erwähnten Mißtrauen gegen Machtkonzentrationen zusammen. Selbst Vaclav Havel gewann erst nach der Übernahme des Präsidentenamtes eine hohe Popularität. Mitte Dezember hatten ihn nur 18 Prozent als den Politiker bezeichnet, dem man am meisten vertraue, Ende Januar dann 60 Prozent (6). Erst im letzten Monat vor den Wahlen gewannen die Forumsbewegungen deutlich an Popularität, sozusagen als der geeignetste Garant für einen Sieg über die alten Kommunisten. Sie erkämpften den Wahlsieg schließlich mit 51 Prozent der Stimmen in Tschechien und 33 Prozent in der Slowakei. Damit erreichten die beiden Gruppierungen deutliche Mehrheiten in den beiden föderalen Parlamentskammern sowie im Parlament der Tschechischen Republik (nur in der Slowakei reichte es nicht). Die Kommunisten schnitten zwar mit 13,5 Prozent recht gut ab, stellten aber als isolierte Gruppierung keinen politischen Machtfaktor mehr dar. Die große Bedeutung der Wahlen kam auch in der sehr hohen Wahlbeteiligung von 96,8 Prozent zum Ausdruck.

3. Der Kampf um die Reformrichtung

Da neben den beiden Forumsparteien, den beiden christlichdemokratischen Parteien (ebenfalls getrennt in eine slowakische und eine tschechische Partei) sowie den Kommunisten nur noch drei kleinere regionalistisch bzw. nationalistisch ausgerichtete Parteien die Fünfprozent-Hürde überschreiten konnten, präsentierte sich die nationale Politszene relativ wenig fragmentiert. Entsprechend einfach gestaltete sich scheinbar die Bildung der Exekutiven. Sowohl in der gesamtnationalen, d. h. der föderalen Regierung, wie in den beiden Republiksregierungen wur-

den Koalitionen aus den dominierenden Forumsparteien und den christlichdemokratischen Parteien gebildet. Havel wurde unbestritten als moralisch-politische Symbolfigur des Wechsels wieder zum Präsidenten gewählt. Allerdings begannen sich schnell Probleme zu zeigen. Nach dem Sieg über die Kommunisten fiel das einigende Band der „Oppositionsbewegung" weitgehend weg und das Anstehen wichtiger Entscheidungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mußte die Meinungsverschiedenheiten in aller Schärfe aufbrechen lassen. Entsprechend gab es im Regierungslager große Konflikte, die eine effiziente Politik stark behinderten.

Ein Hauptproblem war die Auseinandersetzung über die zukünftige Wirtschaftspolitik. Zwar war die grundsätzliche Entscheidung über die Richtung des Reformkurses bereits im Sommer gefallen, nachdem vorher ein langwieriges Seilziehen zwischen zwei Konzeptionen stattgefunden hatte. Auf der einen Seite gab es das „sozialdemokratisch" ausgerichtete Konzept, einen weniger schnellen und sozial stärker abgefederten Umstieg auf die Marktwirtschaft anzustreben, wobei auch staatliche Lenkungsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielen sollten – personell vor allem durch Vizepremier Valtr Komarek verkörpert. Dem stand auf der anderen Seite ein radikaleres, weitgehend neoliberal orientiertes Programm entgegen, das vor allem durch Vaclav Klaus, den Finanzminister, repräsentiert wurde. Daß die entscheidenden ökonomischen Ministerien in der neuen Regierung von Anhängern einer schnelleren Gangart besetzt wurden und Klaus seine Stellung stärken konnte, während Komarek nicht mehr in der Regierung war, zeigte bereits die Verschiebung des Kräfteverhältnisses an. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde das Reformprogramm schließlich Mitte September vom Parlament verabschiedet. Es sah prinzipiell eine ähnliche Strategie vor wie der Balcerowicz-Plan in Polen, wenn es auch teilweise etwas weniger radikal in Szene gesetzt werden sollte (z. B. am Anfang nur beschränkte interne Konvertibilität der Währung, teilweise noch administrierte Preise).

Obwohl die Hauptschritte erst aufs neue Jahr geplant waren, nahm man einige vorbereitende Maßnahmen schon im Herbst in Angriff. So wurde im September ein Steuergesetz verabschiedet, das den bisher erst zaghaft wachsenden Privatsektor fördern sollte. Im Oktober wurde die Währung um 54,5 Prozent abgewertet, nachdem sie im Januar erstmals um 18,6 Prozent heruntergesetzt worden war. Im Oktober wurden auch die ersten zwei Privatisierungsgesetze verabschiedet, das Restituierungsgesetz, das die Rückgabe von enteignetem Privatbesitz vorsah, und kurz darauf das Gesetz über die kleine Privatisierung, das den Verkauf von kleineren Unternehmen und Geschäften regelte. Auch die Diskussion der großen „Privatisierung" wurde im November begonnen, allerdings dann erst Ende Februar 1991 mit einem Gesetzesbeschluß beendet, der als wichtiges und umstrittenes Kernstück eine allgemeine Privatisierung beinhaltete, eine Quasi-Gratisverteilung von Aktienbesitz an die Bürger. Die Preise wurden weiter angehoben, nicht zuletzt wegen Subventionskürzungen für Nahrungsmittel, die schon Anfang Juli 1990

in Kraft traten und partiell durch Kompensationszahlungen ausgeglichen wurden. Die Reallöhne sowie die sozialen Bedingungen verschlechterten sich zusehends, was zu Spannungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung führte. Die kooperationsbereiten Gewerkschaften, die bereits im Winter 1990 die meisten alten Funktionäre abgewählt und sich im März eine neue dezentrale Struktur gegeben hatten, warfen der Regierung im November vor, die im Rahmen der drittelparitätischen Kommission (mit Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern) getroffenen Vereinbarungen gebrochen zu haben. Streiks gab es aber nur sehr wenige, z. B. im Herbst streikten Detailhandelsangestellte, um bessere Bedingungen für die kleine Privatisierung zu erreichen, da sie nur geringfügige Vorteile zugestanden bekamen. Hier ist ein großer Unterschied zu Polen zu erkennen, wo nicht nur die direkte Einbindung der Gewerkschaften schwächer war, sondern auch wesentlich mehr gestreikt wurde (im „ruhigen" 1990 z. B. wurden immerhin 250 Streiks registriert). In der breiten Bevölkerung wuchs nun auch die Angst vor den Folgen der Wirtschaftsreformen, neben einer wachsenden Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung (7).

Insgesamt war das Nachhinken der wirtschaftlichen Umgestaltung hinter den politischen Reformen in der zweiten Jahreshälfte 1990 etwas abgebaut worden. Dabei waren aber viele Probleme nur aufgeschoben worden. Die Produktion, die Arbeitslosigkeit und die Einkommen hatten sich zwar durch die relativ günstige Ausgangslage und die vorsichtige Reformpolitik noch nicht stark verschlechtert. Dafür waren aber diverse Marktungleichgewichte größer geworden. Durch die Inflationserwartungen gefördert, wurde die Schere zwischen Nachfrage und Angebot größer, vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Im November und Dezember kam es sogar zu eigentlichen Panikkäufen. Die Handelsbilanz war mit dem Ostblock wie mit den Weststaaten negativ. Ein großer Teil, rund ein Drittel der Unternehmen, hatte Ende 1990 schon Zahlungsprobleme. Gründe dafür waren hohe Lagerbestände, die teilweise bewußt aufgestockt worden waren, teilweise durch den rückläufigen Absatz im Comecon bedingt waren, sowie eine restriktive Kreditpolitik (mit hohen Kreditzinsen von 19 bis 24 Prozent). Der Privatsektor war mit einem Anteil von rund 3–4 Prozent an den Beschäftigten und 3 Prozent am BIP immer noch gering, obwohl die Anzahl registrierter Selbständiger 1990 um rund 400.000 Personen zugenommen hatte (vgl. auch den Datenüberblick im Anhang).

Gefördert durch die Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftlichen Prioritäten, kam es schon bald nach den Wahlen zu Spaltungstendenzen in den Forumsparteien. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch persönliche Rivalitäten und Animositäten. Bereits im September begann die „Öffentlichkeit gegen Gewalt" ihre interne Struktur zu straffen und deutlicher in Richtung einer Partei zu transformieren. Im Bürgerforum lieferten sich Anhänger des „rechten Flügels" von Klaus, der zielstrebig eine effiziente rechtskonservativ orientierte Partei anvisierte, und liberale und links ausgerichtete Kräfte erbitterte Positionskämpfe. Klaus

gelang es, Mitte Oktober bei der Delegierten-Versammlung das Amt eines Präsidenten zu schaffen und gleich selber zu übernehmen. Im Parlament formierten sich eine Fraktion der „Demokratischen Rechten" und als Gegenpart die Fraktion der „Bürgerassoziation", die das Abdriften des Forums nach rechts und ein Aufgeben seines übergreifenden Bewegungscharakters verhindern wollte. Damit war die spätere Spaltung bereits programmiert (8).

Auch die Konflikte mit der Kommunistischen Partei nahmen zu, da diese bereits Anfang Oktober das Ende der „nationalen Verständigung und eine Periode eines harten Kampfes" ankündigte und dann an ihrem Kongreß im November die Wirtschaftsreformen völlig ablehnte. Die Regierung ihrerseits schlug ein Gesetz vor, mit dem erreicht werden sollte, den Besitz der Partei zu konfiszieren. Bereits vorher waren immer mehr Stimmen laut geworden, die eine schnelle „Abrechnung" mit den alten Kommunisten verlangten.

Eine besonders umstrittene Angelegenheit stellte die Neuordnung der staatlichen Strukturen dar, insbesondere die Dezentralisierung der Kompetenzen an die beiden Republiken, aber auch die Frage der lokalen Selbstverwaltung. Eine erste Auseinandersetzung setzte schon im Winter 1990 um die Frage der Namensänderung ein. Nachdem Ende März das Parlament den Namen „Tschechoslowakische Föderale Republik" gutgeheißen hatte, kam es bereits am nächsten Tage zu Demonstrationen in Bratislava. Schließlich wurde der Name dann nochmals geändert in „Tschechische und Slowakische Föderale Republik". Dieser für Außenstehende leicht grotesk anmutende Streit zeigte bereits ansatzweise die Sprengkraft, die den Bestrebungen vieler Slowaken innewohnte, ihre Republik stärker von der Vorherrschaft „Prags" zu lösen. Bereits im Juni nach den Wahlen wurden einige föderale Ministerien abgeschafft, ihre Kompetenzen teilweise an die Republiksregierungen delegiert. Und im August begannen Verhandlungen um die Neuordnung der Kompetenzen, die in einem Zusatzartikel zur Verfassung von 1968 provisorisch geregelt werden sollten, bis später eine neue Verfassung das Problem endgültig zu lösen hätte. Nach langem Hin und Her konnte man sich schließlich Mitte November auf eine Lösung einigen, die bedeutsame Kompetenzen an die Republiken delegierte (so z. B. eigene Steuer- und Budgethoheit). Bezeichnend für das gespannte Klima war das bereits im September deutlich größere Mißtrauen gegenüber der föderalen Regierung in der Slowakei (fast 50 Prozent) als in der Tschechei (25 Prozent), während im Juli erst geringe Unterschiede bestanden hatten. Die Parlamentsdebatte im Dezember war spannungsgeladen. Die slowakischen Führer drohten praktisch mit einer Verfassungskrise (slowakische Gesetze sollten Vorrang erhalten vor den föderalen), falls größere Abstriche an der Vorlage gemacht würden, wie dies diverse tschechische Parlamentarier wünschten. Nach dramatischen Appellen, unter anderem auch von Präsident Havel, passierte die Vorlage mit nur wenigen Veränderungen. Damit schien ein größerer Konflikt auch für die Zukunft gebannt. Umfragen zeigten auch, daß nur kleine Minderheiten – in Tsche-

chien 12 Prozent, in der Slowakei 16 Prozent – eine Trennung wünschten.

Die Reform der Lokalbehörden wurde bereits im September von den beiden Republiksparlamenten verabschiedet. Ende November fanden die entsprechenden Wahlen statt. Obwohl diese keine größeren Verschiebungen gegenüber den Wahlen vom Juni mit sich brachten, zeigten sie doch schon eine schwächere Position der Forumsparteien an, insbesondere in der Slowakei, wo die Christdemokraten mit einer etwas größeren Betonung nationaler Ziele stärkste Partei wurden. In die gleiche Richtung deuteten auch die gesamtnationalen Wählerpräferenzen. Im September entschieden sich nur noch 38 Prozent, im November 30 Prozent für das Bürgerforum (für die „Öffentlichkeit gegen Gewalt" 20 Prozent bzw. 17 Prozent (9).

4. Beschleunigte wirtschaftliche Reformphase und politische Restrukturierung – von 1991 bis zu den Wahlen Mitte 1992

1991 dominierten die wirtschaftliche Umgestaltung und ihre sozialen Auswirkungen vorerst das Geschehen, während die politischen Reformen deutlich geringere Priorität aufwiesen, und dies nicht nur bei den Entscheidungsträgern, sondern auch bei der breiten Bevölkerung. Die angestrebte Wirtschaftsreform war zwar nicht gerade populär, vor allem nicht in der Slowakei. Sie gewann jedoch als Hauptaufgabe der gesellschaftlichen Umgestaltung auch in der breiten Bevölkerung eine hohe Priorität.

Das im letzten Jahr konzipierte und mit dem Internationalen Währungsfonds abgesprochene Liberalisierungs- und Stabilisierungsprogramm begann, wie das polnische ein Jahr zuvor, am 1. Januar mit einem „Liberalisierungsschock". Die meisten Preise – rund 85 Prozent – wurden freigegeben, für die restlichen Höchstpreise oder weiterhin staatlich vorgegebene Preise festgelegt. Die Subventionen wurden massiv gekürzt, ein einheitlicher (nochmals um 19 Prozent abgewerteter) Währungskurs mit weitgehender interner Konvertierbarkeit der Krone eingeführt, der Außenhandel stark liberalisiert. Dazu wurde die restriktive Geld- und Kreditpolitik verschärft (die Zinsen waren allerdings anfangs nur nominal hoch, relativ zu den faktischen Preissteigerungsraten eher gering) sowie eine Steuer auf das Lohnwachstum erhoben, um die Lohnsteigerungen tief zu halten. Die Auswirkungen waren weitgehend ähnlich wie in Polen, wenn auch die Größenordnungen aufgrund der besseren Ausgangsbedingungen verschieden waren. Es gab in den ersten paar Monaten höhere Inflationsraten als erwartet (allerdings wesentlich geringere Raten als in Polen 1990), ebenso sanken die Produktion und die Reallöhne deutlich tiefer als vorgesehen (mit knapp einem Viertel in ähnlichen Größenordnungen wie in Polen 1990). Gleichzeitig erzielten die Betriebe relativ hohe Gewinne, und der Staat erreichte durch entsprechende Steuereinnahmen und Ausgabenkürzungen unerwartet hohe Budgetüberschüsse. Einzig die Außenhandelsbilanz war im Unterschied

zu Polen noch längere Zeit (bis im April) negativ. Real resultierte insgesamt bis zum September ein Rückgang des Außenhandels, der vor allem die osteuropäischen Länder betraf.

Da die Ergebnisse der Reformen ambivalent waren und vor allem in der Slowakei schlechter ausfielen als erwartet, setzte auch bald vermehrte Kritik ein. Ganz ähnlich wie in Polen wurden – wenn auch in geringerem Ausmaße – Zweifel laut, ob nicht durch eine zu restriktive Politik ein Overshot, ein „Überschießen" stattgefunden habe. Auch die Gewerkschaften forderten bei den Verhandlungen der triparitätischen Kommission Modifikationen. Insbesondere sollte die Steuer auf dem Lohnwachstum gesenkt werden. Da der Druck aber insgesamt nicht sehr stark war, führte die Regierung schließlich im dritten Quartal nur geringfügige Änderungen durch. Diese beinhalteten vor allem eine etwas weniger restriktive Geld- und Kreditpolitik sowie Entlastungsmaßnahmen zur prekären Verschuldungssituation vieler Staatsunternehmen – Ende September betrugen deren Zahlungsrückstände bereits 150 Milliarden Kronen. Zur Kontinuität dürfte auch die eher mäßige gesellschaftlich-politische Unzufriedenheit beigetragen haben. Erstaunlicherweise war zwar das Vertrauen in die Regierung bis in den Frühling relativ stark gesunken, hatte sich aber bis in den Sommer wieder etwas erholt, nachdem der Anfangsschock vorbei war. In einer Umfrage im Juni bezeichneten auch nur 28 Prozent die finanzielle Situation ihres Haushaltes als schlecht bzw. eher schlecht. Das waren weniger als in Polen einige Monate nach der Balcerowicz-Reform, wo bereits 39 Prozent im Juni 1990 ihre materielle Lage als schlecht einstuften. In der Slowakei waren es allerdings ebenfalls 39 Prozent, in Tschechien nur 23 Prozent (11).

Daß der gesellschaftliche Druck einiges geringer war als in Polen – es gab weiterhin fast keine Streiks –, hing auch mit der Entwicklung der politischen Situation zusammen. Diese war trotz zunehmender Spannungen relativ stabil geblieben. Bereits im Februar 1991 hatte die sich seit einiger Zeit abzeichnende Spaltung des Bürgerforums stattgefunden. An einem außerordentlichen Kongreß hatten sich zwei unabhängige Gruppierungen gebildet, obwohl sie formell weiterhin kollektive Mitglieder des Bürgerforums blieben: die demokratische Bürgerpartei (ODS) unter Vaclav Klaus, die sich auf eine konservativ-neoliberale Programmatik festlegte, und die Bürgerbewegung (OH) unter dem Außenminister und langjährigen Dissidenten Jiři Dienstbier, die sich weitgehend als sozialliberal orientierte Partei der Mitte definierte. Sowohl von der organisationellen Basis wie der Popularität in der Bevölkerung her erwies sich die ODS bald als deutlich stärkere Gruppierung, wenn sie auch in der tschechischen wie in der föderalen Regierung nur schwach vertreten war. Die ODS konnte vor allem die regionalen Kader des Forums übernehmen. Mit rund 20.000 Mitgliedern im Herbst 1991 hatte sie fast zweimal soviele Mitglieder wie die OH. Bereits ab April 1991 konnte sie in den Wählerpräferenzen immer um die 20 Prozent herum erzielen, die OH nur um die 5–6 Prozent (12). In der föderalen Regierung waren 8 Minister von der OH vertreten und nur ein Minister von der ODS,

nämlich Vaclav Klaus selber, in der tschechischen ebenfalls 8 von der OH und 4 von der ODS. Obwohl es große Spannungen zwischen den Nachfolgeparteien des Forums gab – als dritte Partei spaltete sich dann noch die ODA ab – blieben alle in der Regierung vertreten. Hier bestand also ein großer Unterschied zur polnischen Entwicklung, wo die Spaltung der Solidarnosc bereits Ende 1990 zum Rücktritt der Regierung Mazowiecki geführt hatte.

Kurz nach der Spaltung des tschechischen Bürgerforums bildete sich auch in der slowakischen „Öffentlichkeit gegen Gewalt" eine oppositionelle, national orientierte Fraktion unter dem bisherigen charismatischen Ministerpräsidenten Meciar, die sich Ende April endgültig als „Bewegung für eine Demokratische Slowakei" (HZDS) abspaltete. Die Spaltung löste in der Slowakei sogar eine Regierungskrise aus. Meciar und seine Anhänger wurden aus der Regierung hinausgedrängt. Die Christlichdemokraten stellten dann in der neuen Regierung die meisten Minister und mit Jan Carnogursky auch den Premier. Die HZDS von Meciar wurde aber mit Abstand die beliebteste Gruppierung, wobei die Wählerpräferenzen allerdings beträchtlich schwankten.

Damit hatte sich das politische Spektrum stark verändert. Durch den Zerfall der heterogenen Sammlungsbewegung des Forums war die Parteienlandschaft nicht nur vielfältiger und fragmentierter, sondern auch polarisierter geworden. Ein destabilisierender Faktor war das Mißverhältnis zwischen der Beteiligung an der Regierungsmacht und der politischen Bedeutung der Parteien. Das betraf die ODS von Klaus, besonders aber die HZDS in der Slowakei. Zwar wurde durch den Hinauswurf des eigenwilligen Meciar vorerst eine größere Homogenität der Exekutive erreicht, die im Winter arg strapaziert worden war. Die neue slowakische Regierung unterstützte weitgehend den ökonomischen Reformkurs der föderalen Regierung. Die neue Parteienkonstellation verschärfte aber grundlegende Konfliktpunkte, vor allem die Frage der neuen Verfassung mit der Regelung des Verhältnisses von Gesamtstaat und Republiken. So gewann die „slowakische" Frage, die Ende 1990 scheinbar entschärft worden war, wiederum schnell eine zentrale Bedeutung, da Meciar und die slowakischen Nationalisten ganz auf Angriffskurs gingen, und damit auch Druck auf die slowakische Regierung und die anderen Parteien ausübten. Einen Kompromiß zu finden wurde immer schwieriger. Die langwierigen Verhandlungen scheiterten schließlich im Herbst 1991, trotz intensiver Bemühungen von Präsident Havel, doch noch einen Ausweg zu finden. Auch die Abhaltung eines Referendums, wie es von Havel und verschiedenen politischen Kräften gefordert worden war, fand eine breite Unterstützung, wie eine breitangelegte Unterschriftensammlung und verschiedene Kundgebungen zeigten. Das Referendum wurde zwar vom Parlament als eine gesetzliche Möglichkeit verabschiedet, konnte dann aber wegen des Widerstandes der meisten slowakischen Politiker nicht umgesetzt werden.

Das Auseinanderdriften der beiden Republiken wurde durch die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftslage gefördert. Bereits Ende

September waren in der Slowakei 10 Prozent Arbeitslose registriert, in Tschechien nur 4 Prozent. Im Herbst war denn auch in der Slowakei die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Entwicklungsrichtung, die schon seit längerer Zeit schneller als in Tschechien angewachsen war, mit rund zwei Dritteln recht hoch (Tschechien nur 38 Prozent). Auch die Einstellungen zu grundlegenden Wirtschaftsfragen differierten immer stärker. Im Januar 1991 präferierten z. B. nur 39 Prozent der Slowaken, jedoch 52 Prozent der Tschechen eine Marktwirtschaft; eine gemischte Wirtschaft wollten 43 Prozent der Slowaken und 33 Prozent der Tschechen. Im November 1991 hatte sich der Unterschied noch vergrößert, nur noch 33 Prozent der Slowaken, aber weiterhin 52 Prozent der Tschechen bevorzugten eine Marktwirtschaft (13).

Die slowakische Frage blockierte also die politischen Parteien erneut, die sich nicht nur in der Slowakei, sondern auch in der Tschechischen Republik immer heftiger befehdeten, und ihre Aktivitäten bereits auf die Neuwahlen vom Juni 1992 ausrichteten. Die ODS, die Partei von Vaclav Klaus, in der sich immer mehr radikale „Konservative" in den Vordergrund schoben, behauptete sich mit rund einem Fünftel Sympathisanten als populärste tschechische Partei. Sie profilierte sich neben ihrem liberalen, eurooptimistischen Wirtschaftsprogramm (Titel des Parteiprogramms: „Der Weg zum Wohlstand") auch mit einem militanten „Antikommunismus". Sie war denn auch maßgeblich am Zustandekommen eines relativ scharfen Berufsverbotsgesetzes für ehemalige hohe kommunistische Funktionäre, Angehörige und (registrierte) Informanten des Geheimdienstes sowie der sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse beteiligt. Dieses sogenannte „Lustrationsgesetz" hatte hohe Wellen geworfen und die Debatte darüber hatte einen recht turbulenten Verlauf genommen. Ein von der gesamten Regierung vorgeschlagenes milderes Gesetz wurde schließlich im Parlament verschärft und im Oktober 1991 in Kraft gesetzt.

In der Tschechischen Republik konnte keine der rund zehn wichtigeren politischen Parteien eine alternative Führungsposition zur Klaus-Partei erringen. Parteien, wie die weiterhin schwache sozialliberale Bürgerbewegung (OH) oder die Sozialdemokraten, waren auch nicht imstande, erfolgsversprechende Allianzen zu bilden. So änderte sich nicht mehr viel an der fragmentierten, die politische Konsensfindung stark behindernden Parteienlandschaft. Im November 1991 hatten sich drei kleinere eher grün bzw. sozialdemokratisch orientierte Parteien zur Liberal-Sozialen Union zusammengeschlossen und damit die viertpopulärste Gruppierung geschaffen. Insgesamt dominierte aber eine hohe Parteienzersplitterung, so daß Ende 1991 fast 20 Gruppierungen – nach den Juni-Wahlen von 1990 waren es erst 6 gewesen – im gesamtnationalen Parlament, der Föderalversammlung, vertreten waren. In der Slowakei behauptete sich die Partei Meciars noch deutlicher als die ODS als Popularitätsleader mit rund 30 Prozent der Wählerpräferenzen, ja sie legte in den ersten Monaten des Jahres 1992 noch etwas zu. Ihre schärfsten Rivalen, die Christlichdemokraten des amtierenden Ministerpräsidenten Carnogursky, büßten hingegen an Terrain ein und mußten im Fe-

bruar 1992 auch noch die Abspaltung eines stärker nationalistisch orientierten Flügels verkraften.

Wirtschaftlich setzten sich 1992 die ambivalenten Entwicklungstendenzen fort (vgl. den Überblick im Anhang). Es gab sogar Anzeichen einer gewissen Verbesserung. So nahm die Arbeitslosigkeit wieder etwas ab, in beiden Republiken bis zum Frühling um rund einen Prozentpunkt, was aber für die Slowakei immer noch eine Rate von über 11 Prozent bedeutete. Auch die Realeinkommen und die Reallöhne zeigten im ersten Quartal wieder eine leicht steigende Tendenz. Im Außenhandel und in den Verkaufszahlen einiger Branchen waren ebenfalls positive Resultate zu verzeichnen. Allerdings konnte der fallende Wachstumstrend nicht umgekehrt werden. Nachdem die allgemeine Privatisierung, die schon im Februar 1991 beschlossen worden war, im Herbst 1991 schließlich angelaufen war, zeigte sich nach einer anfänglichen Verzögerung ein breites Interesse an den Couponheften. Dabei war die Hoffnung auf schnelle Gewinne, wie sie von den vielen wie Pilzen aus dem Boden geschossenen Investmentgesellschaften versprochen worden waren, ein wichtiger Anreiz, der auch zur gesellschaftlichen Konfliktdämpfung beitrug.

Generell war die wirtschaftliche Lage in der Tschechischen Republik um einiges besser als in der Slowakischen Republik. Dazu trug auch die deutlich größere Anzahl neuer privater Betriebe und ausländischer Joint-ventures bei. So war es nicht weiter erstaunlich, daß die bereits erwähnten Einstellungsunterschiede zwischen den beiden Republiken weiter zunahmen. Kurz vor den Wahlen herrschte denn auch in der Tschechischen Republik eine deutlich andere Haltung vor als in der Slowakischen Republik. Dies kam auch in einer repräsentativen Umfrage im April deutlich zum Ausdruck. Während in Tschechien 62 Prozent den bisherigen Reformkurs beibehalten wollten und nur 32 Prozent wesentliche Veränderungen wünschten, waren die Zahlenverhältnisse in der Slowakei gerade umgekehrt. Hier wollten 61 Prozent Veränderungen und nur 34 Prozent eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung. Damit waren die Slowaken den Polen ähnlich, die vor den Parlamentswahlen im Herbst 1991 überwiegend einen Kurswechsel gewünscht hatten, während die Tschechen trotz wachsender Kritik die ökonomischen Reformen weiterhin mehrheitlich akzeptierten (14). Dem entsprach auch weitgehend die politisch-ideologische Ausrichtung der Parteien, wobei in der Slowakei die dominierenden national bzw. nationalistisch orientierten Parteien ebenfalls reformkritische Positionen vertraten.

5. Nach den Wahlen von 1992 – polarisierte Strukturen und der Weg zur Teilung

Nach einem erbittert und teilweise recht demagogisch geführten Wahlkampf hatten sich die beiden stärksten Gruppierungen von Meciar und Klaus mit jeweils gut einem Drittel der Stimmen in den Juni-Wahlen sogar etwas deutlicher durchgesetzt als erwartet worden war. An

zweiter Stelle landeten überraschenderweise die postkommunistischen Gruppierungen, der tschechische Linke Block und die slowakische Demokratische Linke mit jeweils 14 Prozent. Viele Parteien scheiterten an der Fünfprozent-Hürde (unter anderem auch die Bürgerbewegung von Dienstbier), was eine polarisierte Machtverteilung begünstigte. Die beiden führenden, programmatisch völlig verschiedenen Parteien konnten zusammen mit ihren kleineren Verbündeten ihre jeweiligen nationalen Republiks-Parlamente dominieren sowie die föderalen Parlamente blockieren. So erreichte Meciar zusammen mit seinem (allerdings nur informellen) Koalitionspartner, der nationalistischen Slowakischen Nationalpartei, im slowakischen Nationalrat 89 Sitze von 150, Klaus mit seinen Koalitionsparteien, der bürgerlich-demokratischen Allianz (der dritten Nachfolgepartei des Forums) und der Christlich-Demokratischen Partei, sogar 105 Mandate. Damit war der Weg zur Spaltung programmiert, dies umso mehr, als alle Bemühungen Havels, für diesen „Notfall" präsidiale Sondervollmachten zu bekommen, noch vom alten Parlament abgelehnt worden waren. Havel trat denn auch schon am 17. Juli von seinem Präsidentenposten zurück – am gleichen Tag wurde auch die slowakische Unabhängigkeitsdeklaration verabschiedet. Ein neuer Präsident konnte nicht mehr gewählt werden. Nach langen Querelen war eine Art föderale Übergangsregierung gebildet worden, die sich aber gegenüber den durch Meciar bzw. Klaus angeführten Republiksregierungen eindeutig in einer schwachen Position befand.

Eine seltsame Interessensymmetrie spielte nun eine herausragende Rolle. Vladimir Meciar, der als Populist mit paternalistisch-autoritären Zügen die gewagte Konzeption eines „gemeinsamen Staates zweier souveräner Republiken mit jeweils eigenständiger Rechtspersönlichkeit" propagiert hatte und damit nicht nur bei den Tschechen, sondern auch in der internationalen Diplomatenszene einige Verwirrung gestiftet hatte, fand sich nach den Wahlen in einer verzwickten Situation. Er stand einem anderen „starken" Mann gegenüber, dem neoliberal-konservativen Vaclav Klaus, Anhänger eines radikalen Reformkurses. Klaus war auch konsequenterweise Sympathisant eines starken gemeinsamen Staates, um seine Politik voranbringen zu können. Bereits nach dem ersten Treffen war klar, daß ein Kompromiß nicht möglich war. Klaus forcierte dann paradoxerweise stärker als Meciar eine schnelle Trennung, um die „slowakische Hypothek" abzuschütteln und freie Hand zu haben für die Weiterverfolgung seiner Politik. Meciar trieb seinerseits die Unabhängigkeitsbemühungen voran, versuchte aber gleichzeitig, möglichst viele wirtschaftliche Vorteile zu bewahren (15). Obwohl also beide ein Interesse an einer Trennung hatten, waren die Verhandlungen sehr mühsam und konfliktgeladen. In über zehn Treffen, die oft von gegenseitigen Vorwürfen begleitet waren, näherten sich die Standpunkte schließlich doch an.

Der durch Nervosität und Hektik geprägte Verhandlungsprozeß hat auch historisch verankerte negative Bilder über die jeweils andere Volksgruppe verstärkt. Frühere Untersuchungen hatten nämlich aufgezeigt, daß – trotz weitgehenden Fehlens von eigentlichen Haßgefühlen –

sowohl eine knappe Mehrheit der Tschechen wie eine deutliche Mehrheit der Slowaken der Meinung war, daß die jeweils andere Nation mehr vom gemeinsamen Staat profitierte. Zudem drückten viele Tschechen ein nationales Überlegenheitsgefühl aus. Über zwei Drittel der Slowaken fanden hingegen, daß sie von den Tschechen nicht für voll genommen würden. Es ist denn auch nicht überraschend, daß in einer im September durchgeführten Umfrage eine deutliche Mehrheit der Tschechen den Grund der Trennung bei den Slowaken ausmachte (ausgeprägter Nationalismus und wenig kompromißbereite Politiker). Gut die Hälfte der Slowaken hingegen machten dafür den „Pragozentrismus" und die Arroganz der Tschechen verantwortlich. Allerdings befürworteten in der gleichen Umfrage immer noch weniger als die Hälfte eine Teilung in zwei unabhängige Staaten. Erstaunlicherweise sprachen sich sogar in der Tschechischen Republik mit 46 Prozent etwas mehr Leute für eine Spaltung aus als in der Slowakei, wo 41 Prozent Befürworter gezählt wurden. Im April war das Verhältnis noch deutlich anders gewesen. Damals hatten sich 30 Prozent in der Slowakei und erst 16 Prozent in der Tschechischen Republik als Anhänger einer Trennung zu erkennen gegeben (16).

Nach diversen Ränkespielen, bei denen vor allem die föderalen Staatsorgane weitgehend paralysiert worden waren, konnte schließlich Ende Oktober ein Übereinkommen getroffen werden, das die meisten strittigen Punkte regelte. Schließlich stimmte auch die Föderalversammlung am 25. November mit den erforderlichen Mehrheiten (jeweils 60 Prozent in allen Kammern) zu, auf den 1. Januar 1993 die Tschechoslowakei aufzulösen, nachdem die slowakischen und tschechischen Oppositionsparteien vergeblich auf einem Referendum bestanden und noch eine Woche vorher die Vorlage zu Fall gebracht hatten. Insgesamt wurden schließlich rund 30 Vereinbarungen unter den beiden Republiksregierungen getroffen, die die zukünftigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten regeln sollten. Einige strittige Fragen blieben allerdings offen, wie z. B. das Problem der Aufteilung des Immobilienbesitzes, die nach der Meinung der slowakischen Seite nicht nur nach dem (für die Slowakei eher ungünstigen) Territorialprinzip vonstatten gehen sollte. Im wesentlichen wurde eine Art „tschechoslowakischer Binnenmarkt" vereinbart, wobei eine Zollunion und (vorläufig) auch eine Währungsunion zentral waren.

Damit erfolgte die Trennung auf geordnete und legale Weise, sicher eine Ausnahmeerscheinung in der modernen Geschichte auseinanderfallender Staatsgebilde, nicht nur in dem von ethnischen Konflikten zerissenen Osteuropa. Allerdings war sie weitgehend gegen die Meinung der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt worden, wie noch Umfragen im November/Dezember zeigten.

In diesen Umfragen gaben auch über die Hälfte der Befragten in beiden Republiken an, Gefühle der Unsicherheit zu haben, in der Slowakei sogar 40 Prozent Gefühle der Angst. Es war denn auch kein Zufall, daß die am 1. Januar 1993 offiziell vollzogene Trennung bei der breiten Bevölkerung keine Begeisterungsstürme auslöste.

6. Die Entwicklung nach der Trennung

Daß die getrennte Entwicklung nach der Spaltung große wirtschaftliche Probleme mit sich bringen würde, vor allem für die schwächere Slowakei, war vielen schon vor der Spaltung klar gewesen. Offizielle Prognosen versuchten aus begreiflichen Gründen, die negativen Folgen herunterzuspielen. Gerade die slowakische Regierung machte in Zweckoptimismus, um die eigene Bevölkerung und das Ausland zu beruhigen. Aber auch die tschechische Regierung gab Ende November bekannt, daß sie für 1993 nur mit einem Handelsrückgang zwischen den beiden Republiken von rund 10 Prozent rechne, hingegen mit einem Wirtschaftswachstum von 1 bis 3 Prozent (17).

Aufgrund der Ausgangslage mußte in der Slowakei mit besonders drängenden Wirtschaftsproblemen gerechnet werden. Schätzungen, die im Herbst 1992 gemacht wurden, rechneten z. B. mit einem Rückgang des Bruttosozialproduktes 1993 von rund 5 Prozent oder mehr, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 15 Prozent und mit einer Abwertung von mindestens 15 bis 25 Prozent gegenüber der tschechischen Krone. Wie die Slowakei nach der Unabhängigkeit ihre Kapital- und Finanzprobleme lösen wollte, war weitgehend unklar. (Dabei geisterten auch abenteuerliche Projektideen herum wie z. B. die Bildung einer Art slowakischen „Floridas“: US-slowakische Rentner sollten in die Slowakei gelockt werden, um so dringend benötigtes Kapital einfließen zu lassen.) Daß Meciar und seine Koalition die allergrößte Mühe haben würden, die angekündigte wirtschaftspolitische Wende mit realen Verbesserungen für die Bevölkerung durchzuführen, war offensichtlich. Sein diffuses wirtschaftspolitisches Programm deutete auch wenig in diese Richtung. Auch in der Tschechischen Republik mußte – wenn auch in deutlich geringerem Ausmaße – mit Problemen gerechnet werden. Die vorgesehene zweite Welle der Privatisierung und die aus politischen Gründen (zuerst wegen den Wahlen, dann wegen der Teilung) hinausgeschobenen Konkurse beinhalteten z. B. einen Druck auf Entlassungen. Ein Bankrottgesetz, das schon am 1. Oktober 1991 verabschiedet, aber dessen Inkrafttreten um ein Jahr hinausgezögert worden war, wurde im Herbst 1992 nochmals verschoben. Die Entwicklung in den ersten Monaten nach der Teilung bestätigte die Befürchtungen über eine instabile wirtschaftliche Entwicklung. Die Trennungsfolgen waren sogar einschneidender als erwartet, wobei das vorschnelle Ende einer gemeinsamen Währung im Februar 1993 besonders ins Gewicht fiel. Die wirtschaftlichen Daten des ersten Quartals waren alles andere als ermutigend. In der Slowakei stieg die Arbeitslosenrate wieder auf 12,0 Prozent Ende März (Ende Dezember 10,4 Prozent). Der Handelseinbruch mit Tschechien wurde auf ein Drittel bis gegen die Hälfte geschätzt. Gegenüber dem ersten Quartal 1992 gab es einen deutlichen Preisanstieg (+19 Prozent) und einen Rückgang der Industrieproduktion (–14 Prozent) (positive, aber ambivalente Ausnahme: die Steigerung der Einzelhandelsumsätze von 9 Prozent). Weiterhin plagte eine Energiekrise sowie ein

Budgetdefizit von ungefähr 5 Prozent den jungen, noch ungefestigten Staat. Zahlreiche Unternehmen waren vom Bankrott bedroht – nach Angaben des Wirtschaftsministers rund 900 von 2000 größeren Betrieben (18). Die neue slowakische Währung geriet schnell unter Abwertungsdruck, wobei offiziell zuerst nicht darauf reagiert wurde. Erst im Juli nahm die Nationalbank überraschend eine Abwertung von 10 Prozent vor. Die Wirtschaftslage blieb aber trotz vereinzelter Verbesserungen und eines vorsichtigen, stabilitätsorientierten Kurses kritisch. Im Oktober betrug die Arbeitslosenrate bereits 13,8 Prozent. Für 1993 wurde der Rückgang des BIP insgesamt auf ungefähr 6–8 Prozent und das Budgetdefizit auf rund 5–6 Prozent geschätzt (vgl. den Überblick im Anhang). Auch 1994 sehen die Perspektiven für die Slowakei eher düster aus. Im offiziellen Budgetentwurf für das Jahr 1994 wird z. B. mit einer Arbeitslosigkeit von 17 Prozent gerechnet, und es ist mehr als zweifelhaft, ob die angestrebte Reduktion des Budgetdefizites und die Stabilisierung des Wachstums tatsächlich erreicht werden kann.

Langfristig dürfte sich auch das verlangsamte Tempo des strukturellen Wandels negativ auswirken. Die Privatisierung wurde – mit Ausnahme des Handels – wenig vorangetrieben. Ende September waren erst 19 Prozent aller Industriebestriebe in privater Hand sowie 50 Prozent der Bauunternehmen und 89 Prozent der Handelsbetriebe. Ende des Jahres betrug denn auch der Anteil des Privatsektors am BIP nur etwa ein Viertel. Die Auslandsinvestitionen nahmen wenig zu, von 231 Millionen $ Ende 1992 auf 347 Millionen Ende September 1993. Ob sich die erneute Förderung der darniederliegenden Rüstungsbetriebe auszahlt – rund zwei Drittel der überdimensionierten Rüstungsindustrie der CSFR entfielen auf die Slowakei –, ist mehr als fraglich.

Auch Tschechien erfuhr in den ersten drei Monaten nach der Teilung eine – allerdings sehr geringe – Zunahme der Arbeitslosigkeit (von 2,6 Prozent auf 2,9 Prozent) sowie gegenüber dem ersten Quartal 1992 einen deutlichen Preisanstieg (+21 Prozent; vor allem wegen der Einführung der Mehrwertsteuer) sowie eine Verringerung der Industrieproduktion (–6 Prozent). Die Budgetlage blieb aber mehr oder weniger ausgeglichen und die Exporte – außer in die Slowakei – stiegen sogar um 14 Prozent. Insgesamt zeigte sich auch in der Folge eine mäßig positive Wirtschaftsentwicklung. Der Finanzminister meinte zwar Mitte September vor dem Parlament, daß die Auswirkungen der Trennung größer wären als angenommen, und daß die Rezession im Westen sowie die Beschleunigung der Privatisierung ebenfalls ihre Auswirkungen hätten (die zweite Runde der allgemeinen Privatisierung wurde allerdings erst Ende September gestartet). Den Rückgang des BIP im ersten Halbjahr 1993 (im Vergleich zum ersten Halbjahr 1992) bezifferte er auf 0,5 Prozent, die Teuerung auf 12 Prozent; auf der Plusseite konnte er eine tiefe Arbeitslosenrate von 2,6 Prozent anführen sowie ein ausbalanciertes Budget, gesteigerte Westexporte, wachsende Währungsreserven und gestiegene Einkommen (z. B. Reallohnzuwachs von 3 Prozent). In der zweiten Jahreshälfte, vor allem in letzten Quartalm, nahm dann das wirtschaftliche Wachstum etwas zu, sodaß für

1993 insgesamt ein Nullwachstum resultierte. Allerdings verstärkte sich auch die Inflation wieder etwas (1993 insgesamt über 20 Prozent) und die Arbeitslosigkeit wuchs bis Ende des Jahres leicht auf 3,5 Prozent an. Eine aktive Zahlungsbilanz, ein stabiler Wechselkurs und ein positives Budgetergebnis stellten weitere Pluspunkte dar. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war also insgesamt ziemlich günstig ausgefallen.

Im Gegensatz zur Slowakei wurden auch die strukturellen Änderungen zügig vorangetrieben, so daß beispielsweise Ende des Jahres bereits rund die Hälfte des BIP vom privaten Sektor stammte. Die Börse wurde bereits im Frühling eröffnet – mit über 900 kotierten Titeln (vor allem von Unternehmen aus der Ende 1992/Anfang 1993 beendigten erste Privatisierungsrunde). Der Aktienhandel nahm zwar einen recht mühsamen Start und verzeichnete einige deutliche Kurseinbrüche, gewann dann aber gegen Ende des Jahres vermehrt an Dynamik. Die Auslandsinvestitionen blieben vorerst unter den Erwartungen. Mit nur 455 Millionen $ bis Ende September waren sie sogar etwas geringer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Im letzen Quartal begannen sie aber wieder deutlich zu steigen. Der soziale Konsens zwischen Gewerkschaften, Staat und Unternehmen blieb weitgehend erhalten, auch wenn die Spannungen seit dem Sommer zugenommen haben, nachdem eine verschärfte Politik gegen Lohnerhöhungen eingeschlagen worden war und ein geplanter Sozialabau für Unruhe sorgte.

Trotz der recht günstigen Wirtschaftsentwicklung sollte nicht vergessen werden, daß auch in Tschechien immer noch beträchtliche Strukturprobleme bestehen, wie z. B. viele hochverschuldete Unternehmen mit zu großen Belegschaften, ein noch nicht konsolidierter Banken- und Finanzsektor (mit rund 400 Investmentfondsgesellschaften, die rund 80 Prozent der Aktien der neu privatisierten Firmen kontrollieren) sowie eine eher unterbewertete Währung. Auch Anzeichen eines spontanen „wilden" Kapitalismus mit illegalen Geschäften und steigender Kriminalität waren offensichtlich, obschon im Vergleich zu Polen und den anderen osteuropäischen Ländern eher eine „geordnetere" Entwicklung zu beobachten war. Es wurde jedenfalls öfters auf die typischen Phänomene einer kaum kontrollierbaren Jagd nach dem schnellen Geld hingewiesen, wie etwa Steuer- und Zollhinterziehung, Doppeleinkommen aus Schwarzarbeit und Schwarzhandel usw. Auf dem Hintergrund dieser Probleme sind in Zukunft wohl vermehrt Schwierigkeiten zu erwarten. Ob die offiziellen optimistischen Annahmen für 1994 zutreffen, wie sie z. B. Ministerpräsident Vaclav Klaus vorgebracht hat – Inflation unter 10 Prozent, Wachstum 2–3 Prozent, Zunahme der Arbeitslosenrate auf nur 4,5 Prozent, bleibt fraglich (19).

Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch gab es nach der Trennung beträchtliche Probleme. Dabei zeigte sich die Situation in der Slowakei als besonders instabil. Meciar schien es zwar scheinbar einfacher als sein Gegenspieler Klaus zu haben. Im slowakischen Parlament verfügte seine Partei fast allein über die Mehrheit. Eine klare Opposition fehlte, da es keine bedeutsamen rechten Parteien gab und die starken,

sozialdemokratisch ausgerichteten „Postkommunisten" sich anfangs weitgehend zurückhielten. So hatte die Slowakei ihre Unabhängigkeitserklärung schon im Juli und die neue Verfassung bereits im September verabschieden können. Meciar hatte auch damit begonnen, ihm ergebene Anhänger in wichtige Positionen zu hieven, wobei es einige handfeste Skandale gab, vor allem im Medienbereich (20).

Die Position von Meciar und seiner Partei zeigte sich aber alles andere als gesichert, obwohl Meciar vorher immer wieder versichert hatte, die Slowakei sei eines der politisch stabilsten Länder Europas, da die reale Machtverteilung so eindeutig sei. Seine Partei, die HZDS, weitgehend eine klassische nationale Sammelbewegung, ähnlich wie früher das Bürgerforum, wurde nach Erreichen des Hauptziels großen Spannungen ausgesetzt, nicht zuletzt wegen der einzuschlagenden Wirtschaftspolitik, da ein kohärentes Programm weitgehend fehlte. Auch die Beziehungen zu seinem informellen Koalitionspartner, der slowakischen Nationalpartei, wurden immer stärker belastet (z. B. wegen der Besetzung des Verteidigungsministeriums mit einem umstrittenen General). Bis zum März entwickelte sich bereits eine eigentliche politische Krise, nachdem u. a. der parteieigene Außenminister nach Kritik an Meciars Führungsstil entlassen worden war und mit acht weiteren Abgeordneten die Partei verließ sowie der Wirtschaftsminister von der Nationalpartei nach einer heftigen Auseinandersetzung von seinem Amt zurücktrat. Somit mußte Meciar mit einer parlamentarischen Minderheit regieren. Formelle Koalitionsverhandlungen mit der Nationalpartei, die seit Mitte Juni aufgenommen wurden, führten lange zu keiner Einigung. Die politischen Spannungen verschärften sich noch, da es auch in Meciars Partei zu weiteren Konflikten kam (u. a. zwischen dem relativ unabhängigen Präsidenten Kovac und dem Premierminister Meciar). Vermehrt wurden Neuwahlen als Ausweg aus der Krise propagiert, nicht nur von den wichtigsten Oppositionsparteien, sondern auch von einzelnen Abgeordneten der HZDS. Skandale wie die Korruptionsaffäre „Indiagate", in die hohe Regierungsfunktionäre verwickelt gewesen sein sollten, sowie umstrittene Äußerungen Meciars gegen die Minderheiten der Ungarn und der Roma verschärften das Klima. Meciar reagierte zunehmend gereizt und wehrte alle Anschuldigungen schroff ab (er sprach z. B. von gegen die Slowakei inszenierten Kampagnen).

Die wirtschaftlichen und politischen Probleme führten dazu, daß Meciar und seine Regierung deutlich an Terrain verloren. Im August 1992 bekundeten noch 71 Prozent der Regierung ihr Vertrauen (zum Vergleich: die alte slowakische Regierung des Christdemokraten Carnogursky hatte im Mai 1992 nur 28 Prozent erreicht). Im Dezember waren es nur noch 58 Prozent und im März 1993 46 Prozent. Meciars Popularität fiel von 74 Prozent im Oktober 1992 auf nur noch 34 Prozent im Januar 1993. Mit Meciars Arbeitsstil zeigten sich im März 1993 auch 41 Prozent unzufrieden. Fast vier Fünftel gaben an, sie hielten die gegenwärtige Regierung für zu wenig kompetent und fast ebenso viele meinten, die Teilung sei schlecht vorbereitet und übereilt gewesen. Knapp ein Jahr nach

der Spaltung gaben dann sogar 60 Prozent an, sie bedauerten die Spaltung der alten Tschechoslowakei.

Im September 1993 wurde Meciar allerdings von 22 Prozent der Befragten immer noch als der Politiker bezeichnet, dem sie am meisten vertrauten (gefolgt von Präsident Kovac mit 17 Prozent und Peter Weiß, dem Chef der Demokratischen Linken, mit 15 Prozent). Die am meisten präferierte Partei war noch knapp seine HZDS mit 15 Prozent (im März 18 Prozent), gefolgt von der Demokratischen Linken mit 12 Prozent (im März 12 Prozent), der Nationalpartei und der Christlich-demokratischen Bewegung des ehemaligen Ministerpräsidenten Carnogursky mit je 7 Prozent. Daß 45 Prozent sich für keine Partei entschieden, deutete auf eine breite Desillusionierung hin. Zwar konnte Mitte Oktober endlich eine formelle Koalitionsvereinbarung mit der Nationalpartei getroffen und Anfang November eine Koalitionsregierung gebildet werden. Meciar und seine Gefolgsleute gerieten aber in der Folge weiter unter Druck. In der HZDS nahmen die internen Konflikte zu, vor allem zwischen dem recht populären Präsidenten Kovac und dem immer mehr in die Defensive gedrängten Meciar. Im November hatte Kovac mit 22 Prozent Nennungen als vertrauenswürdiger Politiker erstmals Meciar (19 Prozent) überholt, 42 Prozent vertrauten überhaupt keinem Politiker. Auch innerhalb der Partei des Koalitionspartners zeigten sich deutliche Spannungen, wobei 6 der 14 Abgeordneten die Regierung praktisch nicht mehr unterstützten. So ergab sich Anfang 1994 immer deutlicher eine eigentliche Pattsituation zwischen Regierung und Opposition, die sich zu einer schwerwiegenden Krise entwickelte, nachdem weitere 12 Abgeordnete der HZDS sowie zwei Minister Meciar die Gefolgschaft verweigerten. Vorzeitige Neuwahlen waren nun unbestritten, aber Oppositionslager und Regierungslager kämpften erbittert um den Wahltermin, um sich eine möglichst günstige Ausgangsposition zu sichern (21).

Im Vergleich zur politischen Entwicklung in der Slowakei verlief die tschechische relativ stabil. Dabei stand die tschechische Regierung und die sie tragende rechtsbürgerliche Koalition insofern unter Druck, als sie zuerst einmal den eigenen, ursprünglich gar nicht gewünschten Staat ausgestalten mußte. Und darüber gingen die Meinungen in der stark polarisierten tschechischen Politszene weit auseinander. Ein wichtiges Problem war die Autonomie der mährischen bzw. schlesischen Gebiete, ein Thema, das schon früher diskutiert worden war, dann aber durch die slowakische Frage an Aktualität verloren hatte. Die Aufteilung nach einem föderalen Länderprinzip wurde z. B. schon im Herbst 1992 nicht nur von einer Mehrheit der Bewohner Mährens und Schlesiens gefordert, sondern fand auch in den übrigen Gebieten mehr Anhänger als die bisherige relativ stark zentralisierte Struktur. Die Regierungskoalition wehrte sich aber gegen eine föderalistische Lösung, so daß Konflikte programmiert waren. Argumentiert wurde mit Effizienzkriterien und der Notwendigkeit, eine schlagkräftige Regierung zu behalten. Faktisch ging es aber auch um die Erhaltung und den Ausbau der eigenen Machtpositionen. In der schließlich Mitte Dezember vom Parlament gutgeheißenen neuen Ver-

fassung wurde die Regionalisierungsfrage nicht abschließend geklärt. Sie konnte auch im nächsten Jahr nicht gelöst werden, da sich insbesondere die Partei von Ministerpräsident Klaus gegen eine Förderalisierung wehrte. Ein weiterer umstrittener Punkt, wie weit der neue Staatspräsident Kompetenzen erhalten sollte, wurde weitgehend zu Lasten des neuen Amtes (und damit auch zu Lasten des neuen bzw. „alten" Präsidenten Havel) entschieden. Die neue Staatlichkeit wurde auch mit einer kleinen Verfassungskrise eröffnet, da die zweite Parlamentskammer nicht, wie ursprünglich vorgesehen, durch die Übernahme der „alten", nun sozusagen arbeitslosen föderalen Parlamentarier besetzt werden konnte. Sie blieb 1993 das ganze Jahr hindurch unbesetzt, da man sich auf keine Übergangslösung einigen konnte und Neuwahlen erst 1994 – zusammen mit den Gemeindewahlen – stattfinden sollten.

Die politische Entwicklung blieb aber 1993 insgesamt relativ stabil, obwohl es nicht an dramatischen Ereignissen fehlte, wie z. B. die knappe und mit Tumulten verbundenen Wahl Havels zum Präsidenten, medienpolitische Auseinandersetzungen und einige Affären (22). Die Opposition blieb schwach und zerstritten. Bei den Kommunisten kam es im Juli sogar zu einer Abspaltung reformorientierter Kräfte, die sich zur Partei der Demokratischen Linken zusammenschlossen. Die Opposition verlor auch – mit Ausnahme der Sozialdemokraten – in der Wählergunst. Die Regierung hingegen konnte ein relativ hohes Akzeptanzniveau halten. Immer über die Hälfte der Befragten (zwischen 52 Prozent bis 64 Prozent) sprachen ihr vom September 1992 bis Dezember 1993 (56 Prozent) das Vertrauen aus. Auch Vaclav Klaus blieb relativ populär: Im Februar und im September 1993 lag er mit 61 Prozent jeweils an vierter Stelle, nur wenig hinter Havel (67 bzw. 68 Prozent). Seine Partei war im März auch mit 27 Prozent (im November sogar mit 32 Prozent) in der Wählergunst die mit Abstand beliebteste Partei vor den oppositionellen Sozialdemokraten mit 11 Prozent (im November 13 Prozent), dem Koalitionspartner ODA mit 11 Prozent (im November 10 Prozent) und dem kommunistisch dominierten Linken Block mit 8 Prozent (im November 8 Prozent). Allerdings verloren die Parlamentsabgeordneten deutlich an Vertrauen, nicht zuletzt wegen diverser unschöner Szenen und „Affären", etwa bei der Präsidentenwahl und der Verteidigung bestimmter materieller Privilegien (z. B. keine Durchsuchung ihres Gepäcks beim Zoll, keine Offenlegung von politischen und wirtschaftlichen Interessenskollisionen). Im März 1993 sprachen dem Parlament nur noch 34 Prozent das Vertrauen aus, im September sogar nur 26 Prozent; im Dezember 1992 waren es immerhin noch 47 Prozent gewesen (23).

Es hat sich auch 1993 wie schon im Vorjahr gezeigt, daß der vielzitierte Pragmatismus der Tschechen und Slowaken die Schwierigkeiten der Teilung nicht außer Kontrolle geraten ließ. Trotz diverser Meinungsverschiedenheiten (z. B. über Doppelbürgerstatus und Grenzregelungen) konnten 1993 die meisten Konfliktpunkte geregelt werden. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten hat sich eher „normalisiert", auch wenn dieser Prozeß von einer weitgehenden „Entfremdung" und einem Abbau der

Kontakte begleitet war. Eine „Jugoslawisierung" ist auf jeden Fall vermieden worden, keine Selbstverständlichkeit im heutigen, von ethnischen Konflikten zerissenen Osteuropa. Die größten ethnischen Konflikte mit internationalen Auswirkungen bestehen heute in der Slowakei, wo die ungarische Minderheit um Minderheitsrechte und eine gewisse Autonomie kämpft. Das Verhältnis zwischen Ungarn und der Slowakei ist entsprechend gespannt. Weiterhin sind die Beziehungen zu den Romas sowohl in der Slowakei wie in Tschechien von negativen Einstellungen und Spannungen belastet.

7. Fazit

Die Entwicklung der Tschechoslowakei war – ähnlich wie die polnische – durch die typischen wirtschaftlichen und politischen Probleme des postsozialistischen Transformationsprozesses geprägt, wobei eine große Wirtschaftskrise (vor allem Produktionseinbruch) und eine politische Fragmentierungs- und Instabilitätstendenz besonders hervorzuheben sind. Allerdings ergaben sich durch die günstigeren Ausgangsbedingungen und spezifische, historisch bedingte Traditionen auch deutliche Unterschiede, wie geringere monetäre und soziale Stabilitätsprobleme sowie größere interne Unterschiede (Slowaken/Tschechen). Der tschechoslowakische Entwicklungsweg läßt sich wie der polnische im wesentlichen auch als Aufeinanderfolge „politökonomischer Zyklen" charakterisieren. Ein großer Unterschied zu Polen besteht aber in der Sequenz der grundlegenden Reformschritte, da die Reformen in der ČSFR nicht durch einen evolutionären, sondern durch einen diskontinuierlichen Übergang eingeleitet worden war, und die „Slowakische Frage" eine zentrale Bedeutung erlangte.

Nach der „samtenen" Revolution vom Herbst 1989 wurde zuerst eine weitgehende politische Reform angestrebt und umgesetzt (freie Wahlen schon im Juni 1990), während in Polen eine viel langsamere Gangart vorherrschte (freie Parlamentswahlen erst im November 1991). Die Wirtschaftsreform hingegen wurde zuerst vorsichtig angegangen, vor allem was die Liberalisierungsreformen anbetraf. Erst nachdem der politische Machtkampf im Sommer zugunsten eines radikaleren Kurses entschieden worden war, wurde ein ähnliches Reformpaket wie in Polen zu Beginn des Jahres 1991 in Kraft gesetzt. Diese Maßnahme konnten aber die zunehmenden Spannungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich, wie sie sich 1990 abgezeichnet hatten, nur vorübergehend etwas mildern. Die anfänglich deutlich schlechter als erwartet ausfallenden Ergebnisse des Reformkurses führten zu einer erneuten Dominanz „negativer" Tendenzen, die durch die politischen Konflikte (Spaltung des Bürgerforums, Streit um Kompetenzverteilung zwischen Prag und der Slowakei) noch verstärkt wurden. Erst im Frühling zeichnete sich dann eine gewisse Entspannung ab, nachdem die wirtschaftlichen Reformen wenigstens teilweise (z. B. geringe Inflation, Budgetüberschuß) Erfolge zeitigten und

auch die politischen „Blockaden" etwas unter Kontrolle gebracht werden konnten. Da die Wirtschaftsentwicklung sich dann aber im Produktionsbereich verschlechterte und die politischen Konflikte, vor allem um den Status der Slowakei, sich wieder verschärften, setzte ab dem Sommer 1991 erneut eine „Abschwungphase" ein, die mehr oder weniger bis zu den Wahlen vom Juni 1992 anhielt. Durch die teilweise günstigeren Wirtschaftergebnisse (vor allem Rückbildung der Arbeitslosigkeit, eine Ausnahmeerscheinung in Osteuropa) und die klareren politischen Verhältnisse durch den Ausgang der Wahlen kam es zu einer gegenläufigen Tendenz, die aber durch die Trennungsfrage überschattet wurde. Die politischen Konflikte konnten – wenn auch mühsam und mit vielen Spannungen – unter Kontrolle gehalten und eine geregelte Teilung der beiden Repubiken Ende 1992 durchgeführt werden. In Tschechien gab es dann trotz diverser Probleme sowohl wirtschaftlich wie politisch eine relativ stabile Entwicklung, während in der Slowakei das Gegenteil der Fall war, nachdem schon bald eine Desillusionierung eingesetzt hatte.

Anhang

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

Makroökonomische Indikatoren 1990–1993[1])

	Wachstum BIP	Arbeitslosenrate	Wachstum Industrieprod.	Inflation	Budgetergebnis[2])	Reallöhne
Tschechoslowakei						
1990	– 2	1	– 4	10	1	– 7
1991	–14	7	–23	58	–2	–24
1992	– 7	5	–11	11	–1	5
Tschechien						
1992	– 7	3	–11	11	0	10
1993	0	4	– 5	22	+1	5
Slowakei						
1992	– 6	10	–13	10	–3	9
1993	– 8	15	–14	23	–5	–2
Zum Vergleich:						
Polen						
1990	–12	6	–24	686	0	–24
1991	– 8	12	–12	70	–3	1
1992	1	14	4	43	–6	– 4
1993	4	16	7	38	–5	– 1

[1]) Wegen diverser statistischer Erhebungsprobleme sind die Daten ungenau. Die Angaben für 1993 sind vorläufige Ergebnisse bzw. Schätzungen. Außer der Arbeitslosenrate (Stand Ende des Jahres) und dem Budgetergebnis sind alle Zahlen prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

[2]) Minuszahlen: Budgetdefizit in % des BIP (Bruttonationalprodukt), Pluszahlen: Budgetüberschuß in % des BIP.

Die Bedeutung des Privatsektors 1989–1993[1])

	1989	1990	1991	1992	1993
Tschechoslowakei					
Anteil an BSP		4–5%	11–12%	20–22%	
Anteil an Beschäftigten total (Ende des Jahres)	0,2–0,5%	3–4%	10–11%	16–18%	
Tschechien					
Anteil an BSP			ca. 12%		ca. 50%
Slowakei					
Anteil an BSP			ca. 4%		ca. 25%
Zum Vergleich:					
Polen					
Anteil an BSP	26%	31%	42%	45%	50%
Anteil an Beschäftigten total (Ende des Jahres)	43%	46%	51%	56%	60%

[1])Wegen diverser statistischer Erhebungsprobleme sind die Daten ungenau.
Quellen: Angaben der statistischen Ämter der ČFSR, Tschechiens, der Slowakei, Polens sowie diverser Institutionen (vgl. Juchler 1994).

Anmerkungen

(1) Für eine ausführliche Darlegung des polnischen und tschechoslowakischen Reformprozesses in Vergleich zu den andern osteuropäischen Ländern siehe Juchler (1994).
(2) Zeman (1991) 308. Zur Phase vor der „samtenen" Revolution vgl. auch Ramet (1991) 313 ff., CTTK (1991).
(3) Vgl. den Überblick bei Wolchik (1991) 112 f., wo z. B. eine Umfrage von 1989 zitiert wird, die nur noch bei einem Drittel der Befragten eine Akzeptanz der Führungsrolle der kommunistischen Partei feststellte.
(4) AISA (1990) Januar-Survey 9 f. Zur Entwicklung bis Ende 1990 vgl. auch Hudecek, Mansfeldova (1992), Butora, Butorova, Rosova (1991) und Pehe (1991).
(5) Politologen sprachen denn auch von einer „Politik der Nicht-Politik", in der es weniger um konkrete Inhalte gehe, sondern um die moralische Differenz „wir sind nicht so wie die", vgl. Brokl, (1992) 27.
(6) Zu den Umfragedaten vgl. Wolchik (1991) 117, Krejci (1992) 68, AISA (1990) Januar-Survey, 4.
(7) Vgl. z. B. AISA (1990) November-Survey 2 f. Zu den wirtschaftlichen Entwicklungen siehe Wolchik (1991) 249 ff., Gabrisch (1991), Hrncir (1992) und Janacek (1991).
(8) Dieser Prozeß wies große Ähnlichkeiten zur Spaltung der Solidarnosc-Bewegung von 1990 auf. Allerdings waren die Trennungskriterien etwas verschieden, vgl. Juchler (1994).
(9) Umfragedaten nach Krejci (1992) 118 und AISA (1990) November-Survey).
(10) Zum Reformprogramm und seiner Umsetzung vgl. Gabrisch (1992) 26 ff., Hrncir (1992) 114 ff., Janackova (1992) 200 ff.
(11) Die Slowakei wies im übrigen auch sonst weit mehr Parallelen zu Polen als Tschechien auf, z. B. in der Entwicklung der Wirtschaftslage und der Reformeinstellungen, vgl. Juchler (1994) Abschnitt 4.4.4.

(12) Krejci (1992) 118 (Daten aus repräsentativen Umfragen des IVVM; auch die nachfolgenden Wahlpräferenz-Daten stammen von dieser Quelle).
(13) AISA (1991) November-Survey. Zu den Unterschieden zwischen der Slowakei und Tschechien vgl. auch Gal (1992). Sicher spielte letztlich der unterschiedliche historische Hintergrund der beiden Republiken eine wichtige Rolle. Vor der späten Staatsgründung der Tschechoslowakei (erst nach dem Ersten Weltkrieg) war die Slowakei vor allem agrarisch und katholisch-traditionell geprägt gewesen und hatte auch zum ungarischen Teil der Habsburgermonarchie gehört, während Tschechien vor allem städtisch-bürgerlich ausgerichtet war.
(14) AISA (1992) April-Survey 9 f. sowie Juchler (1994) Abschnitt 3.4.4.
(15) Ein Chefbeamter im tschechischen Sozialministerium charakterisierte mir gegenüber diese Strategie im Oktober 1992 ironisch als „Erlangung der Unabhängigkeit mit tschechischer Rückversicherung".
(16) September-Survey 1992 des IVVM und April-Survey 1992 des AISA.
(17) Vgl. RFE/RL Research Report 49 (1992) 54.
(18) Vgl. Obrman (1993), Gabrisch (1993). Zur wirtschaftlichen Entwicklung von 1993 siehe auch Polityka 42 (1993) und Fisher (1994).
(19) Vgl. z. B. Lidove Noviny 4. Februar 1994, Tagesanzeiger 3. Februar 1994. Zur Wirtschaftentwicklung von 1993 siehe Gabrisch (1993), NZZ 21. August 1993, RFE/RL News Briefs 38/1993, Pehe (1994).
(20) In einem ORF-Interview vom 14. Dezember 1992 meinte Meciar z. B. zur Rechtfertigung seiner restriktiven Medienpolitik, die Gesellschaft müsse eben auf ein höheres Niveau gehoben werden.
(21) Vgl. NZZ 5./6. Jänner 1994 und RFE/RL Neue Briefe 8/1994. Zu den Umfragedaten siehe Obrmann (1993) 17, CSA (1993), RFE/RL News Briefs 50 (1993) 17 und Juchler (1994) Abschnitt 4. 4.
(22) Vgl. RFE/RL Research Report 7 (1993) 15 und 16, NZZ 6. August 1993 und Pehe (1994).
(23) Daten des IVVM, vgl. Juchler (1994) und Rude Pravo 22. Dezember 1993.

Literatur

Brokl, Lubomir, Between November 1989 and Democracy – Antinomies of Our Politics, in: Czechoslovak Sociological Review, Special Issue, August (1992) 23–36.
Butora, Martin; Butorova, Zora; Rosova, Tatiana, The Hard Birth of Democracy in Slovakia: The Eighteen Months Following The „Tender" Revolution, in: Journal of Communist Studies 4 (1991) 435–459.
CNA (Czechoslovak News Agency), Czechoslovakia (September, Prague 1991).
CTTK (Tschechoslowakische Presseagentur), Tschechoslowakei (September, Prag 1991).
Fisher, Sharon, Slovakia: The First Year of Independence, in: RFE/RL Research Report 1 (1994) 87–92.
Gabrisch, Hubert et al., Stabilierung und Rezession. Die Wirtschaft der früheren RGW-Länder und Jugoslawiens 1990/91 (= Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Reprint Serie 134, Wien 1991).
Gabrisch, Hubert et al., Depression and Inflation: Threats to Political and Social Stability (= Forschungsberichte Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche 180, Wien 1992).
Gabrisch, Hubert et al., Im Zeichen westlicher Rezession (= Forschungsberichte Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche 197a, Wien 1993).
Gal, Fedor (Hrsg.), Dnesni Krize – Cesko-Slovenskych Vztahu (Praha 1992).
Hrncir, Miroslav, Monetary and Credit Policies for Transition to a Market Economy (= Prague Economic Papers 2: Institute of Economics – Czechoslovak Academy of Sciences, Prague 1992) 109–127.
Hudecek, Jaroslav; Mansfeldova, Zdenka, Erste Schritte der tschechoslowakischen Gesellschaft im Transformationsprozeß, in: Thomas, Michael (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch – Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß (Berlin 1992).

IVVM – Institut pro Vyzkum verejneho Mineni, Survey Resultate (Prag 1990 ff.)
Janacek, Kamil, Social Consequences of Cechoslovakia's Transformation (Institute of Economics – Czechoslovak Academy of Science, Prague 1991).
Janacek Kamil, Macroeconomic and Social Analysis: Spring 1992 (Institute of Economics – Czechoslovak Academy of Science, Prague 1992).
Janackova, Stanislava, Microeconomic Aspects of Transformation (= Prague Economic Papers 3: Institute of Economics – Czechoslovak Academy of Sciences 1992) 195–209.
Juchler, Jakob, Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme (Zürich 1992).
Juchler, Jakob, Der bisherige Reformprozeß in Polen, in: Osteuropa 12 (1993) 1152–1167.
Juchler, Jakob, Umbruch in Osteuropa (Zürich 1994).
Krejci, Oskar, Kdo vyhraje volby (Praha 1992).
Mervart, Josef; Vavrejnova, Marie, Indirect Taxes Reform in the ČSFR (= Prague Economic Papers 3: Institute of Economics: Czechoslovak Academy of Science 3, Prague 1992) 221–240.
Obrman, Jan, Internal Disputes Shake Slovak Government, in: RFE/RL Research Report 14 (1993) 13–18.
Pehe Jiri, the Instability of Transition, in: RFE/RL Research Institute: Report on Eastern Europe 1 (1991) 11–17.
Pehe, Jiri, The Czech Republic: A Successful Transition, in: RFE/RL Research Report 1 (1994) 70–76.
Ramet, Sabrina P., Social Currents in Eastern Europe (Durham, London 1991).
Sik, Ota, Probleme des Überganges zu einer Marktwirtschaft in der ČSFR (Gemeinwirtschaft, Reformen in Osteuropa II, Wien, 1992) 55–72.
Svitek, Jiri, Politische Parteien und Bewegungen in der Tschechoslowakei (= Institute of Sociology – Czechoslovak Academy of Science: Working papers 2, Prague 1992).
Wolchik, Sharon L., Czechoslovakia in Transition: Politics, Economics and Society (London 1991).
Zeman, Zbynek A. B., The Making and Breaking of Communist Europe (Oxford 1991).